

Flüchtlingspolitik: Spielräume für Kommunen

HILDESHEIM. Eine Studie der Universität Hildesheim im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Gestaltungsspielräume von Städten, Landkreisen und Gemeinden in der Flüchtlingspolitik untersucht. „Kommunen werden häufig als letztes Glied in der Kette deutscher Flüchtlingspolitik betrachtet“, sagt Hannes Schammann, Juniorprofessor für Migrationspolitik an der Universität Hildesheim und einer der beiden Autoren der Studie. „Dies ist jedoch eine Fehlwahrnehmung.“

Die Autoren nehmen die aktuellen Entwicklungen in der kommunalen Flüchtlingspolitik anhand zahlreicher Beispiele unter die Lupe. Die Arbeit der Ausländerbehörden wird ebenso betrachtet wie die Koordination des ehrenamtlichen Engagements, der Ausbau von Kindergarten-Plätzen, die Gesundheitsversorgung oder die Frage der Finanzierung. Insgesamt analysieren die Forscher elf Handlungsfelder kommunaler Flüchtlingspolitik und entwickeln Empfehlungen für Politik und Praxis.

„Weil Bund und Länder ungelöste Konflikte auf die Kommune delegieren, wird die Kommune zur eigenständigen Politikgestalterin“, ist Schammanns Fazit. Die vergangenen Monate hätten gezeigt, dass die Kommunen willens und in der Lage seien, Verantwortung für die Integration der Flüchtlinge zu übernehmen. Ein Blick in die flüchtlingspolitische Praxis zeige aber auch, dass sich Kommunen ihrer Spielräume nicht immer bewusst seien. Manchmal scheuten sich Behörden auch davor, ihre Spielräume auszunutzen und verwiesen auf die vermeintliche Zuständigkeit von Land oder Bund.

Die Studie gibt auch Anregungen, was der Bund tun könnte, um die Kommunen in ihren anstehenden Aufgaben der Integration zu unterstützen. Für Schammann ist ein zentraler Punkt: „Der Bund muss seinen eigenen Aufgaben in effizienter Weise nachkommen: Schnelle Asylverfahren helfen den Kommunen ganz direkt.“ tw